

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatlich 4.68 M., bei Zustellung unter Stichband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inhaltslos sind die abgesetzten Kompartimente über deren Raum 1,30 M., Wertungen des festgedruckten Wert 50 Pf., jedes weitere Wert 25 Pf., Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsangelegenheiten (Wahl der Zuschlag fest). Instruktion für den darauf folgenden Tag müssen spätestens die 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die sozialistische Kandidatenaufstellung in Frankreich.

Konflikt im Seinedepartement.

Die Aufstellung der Kandidatenlisten zur Neuwahl der französischen Kammer hat in der sozialistischen Partei des Seinedepartements einen heftigen Konflikt hervorgerufen. Die Abgeordneten Desjeante, Rabarre, Weber und Rozier sind von der Mehrheit von der Kandidatenliste gestrichen worden, weil sie für die letzten Kriegskredite gestimmt hatten. Die Minderheit verlangte nun unter Führung Renaudels vom Verwaltungsrate der Partei die Wiederaufstellung der vier Kandidaten. Wie nunmehr aus nachfolgendem B.L.V.-Telegramm hervorgeht, haben die Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt.

Berlin, 24. Oktober.

In der gestern abend abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrats der sozialistischen Partei ist es noch nicht gelungen, obwohl die Sitzung bis tief in die Nacht hinein angedauert hat, eine Einigung über die vier abgewiesenen sozialistischen Kandidaten, die die letzten Kriegskredite bewilligt, herbeizuführen. Es soll heute abend nochmals über die Angelegenheit verhandelt werden.

Eine Angelegenheit bewegt die radikalen Sozialisten seit gestern. Hauptmann Saboul hat sich während des Krieges im Auftrag des Munitionsdirektors Thomas nach Russland begeben und dort Beziehungen zu der Regierung Densin anknüpfen lassen. In der Roten Armee eine gewisse Rolle spielen. Die Sozialisten des Seinedepartements haben ihn dieser Tage als Kandidaten für die Kammer bestimmt, und nun leitet das Kriegsgericht einen Prozeß wegen Einvernehmens mit dem Feinde gegen ihn an und fordert ihn auf, in 14 Tagen vor dem Kriegsgericht zu erscheinen. In der „Humanité“ von heute tritt Marcel Cachin für Saboul ein und ruf aus: „Jetzt ist es zuviel, Herr Clemenceau. Auf Ihre Proklamation wird das gesamte Volk von Paris nicht verfallen. Ihnen eine deutliche Antwort zu geben.“

Berlin, 25. Oktober.

„Journal Officiel“ veröffentlicht das Gesetz, das die Kammerwahlen auf den 18. November und die Nachwahlen auf den 30. November festsetzt. Damit ist die Wahlkampagne offiziell eröffnet.

Die Dfiseblockade.

Stettin, 25. Oktober.

Die Wirkungen der Ostseesperre machen sich in den Hafenplätzen der westlichen Ostsee von Tag zu Tag fühlbarer. Auch der Schiffsverkehr zwischen den Ostseehäfen, der die Eisenbahnen bisher wesentlich entlastete, ruht vollkommen, so daß die Anstauung der zur Beschaffung bestimmten Güter in den Häfen einen immer größeren Umfang annimmt. Die Warenräumerverbände sind nach der erzwungenen Einstellung ihrer Tätigkeit nunmehr vollständig in die deutschen Häfen zurückgekehrt. Von entscheidender Bedeutung für die Versorgung des Marktes mit Fisch ist, daß die Fischerflotten der Ostsee an der Zellnahme der nunmehr beginnenden Herings- und Sprottenfänge durch die Ostseesperre verhandert sind.

Stuttgart, 25. Oktober.

Am 20. d. M. vormittags kam ein englisches Torpedoboot in Sicht, legte sich beim Pillauer Tief quer vor den Eingang zum Hafen und sperrte dieses. Auf die Bitte des Pillauer Kommandeurs, der an das Boot heraufzufuhr, gestatteten die Engländer den Fischern die Zufahrt in die See. Nachmittags gegen 4 Uhr fuhr das Boot mit nordlichem Kurs wieder davon.

Die Kohlennot in Süddeutschland.

München, 25. Oktober.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Infolge eines Beschlusses des Ministerrates wurde an den Reichskanzler sowie an den Reichswirtschaftsminister je ein Telegramm gerichtet, in dem der kaiserliche Minister seine Auffassung betont, daß die in Süddeutschland herrschende Kohlennot zur Katastrophe führen muß, wenn nicht die Einstellung des Eisenbahnpersonenverkehrs auf 10 bis 12 Tage erfolgt. Gleichzeitig wird ersucht, zur Beratung dieser Maßnahme die Verkehrsminister der einzelnen Länder sofort nach Berlin zu berufen. Dazu erzählt das B.L.V. von zutreffender Stelle: Die Kohlennot in Süddeutschland ist eine Folge des niedrigen Wasserstandes der Flüsse, der einen Transport auf den Wasserstraßen ausschließt. Vorbereitungen zur Einstellung des Personenverkehrs sind von den zuständigen Stellen bereits getroffen worden, doch erscheint es fraglich, ob dieses Mittel nach den schlechten Erfahrungen in Oberschlesien und Ostpreußen angegriffen werden muß. Eine Freimachung der nach Süddeutschland

führenden Bahnlagen wird voraussichtlich notwendig sein. Es ist zu hoffen, daß sich dabei die für das Wirtschaftsleben so überaus schädlichen Wirkungen einer Einstellung des gesamten Personenverkehrs vermeiden lassen. In welchem Maßgrade eine solche Freimachung durchzuführen ist, wird Gegenstand der Prüfung der betreffenden Behörden sein müssen.

Die Balkenschieber und ihre Beschützer.

B.L.V. meldet aus Mitau: Der Bezirkschef in Libau hat den Leutnant zur See Stein, der in amtlicher Stelle bei der Marineauslösungstelle der deutschen Küstenbegleitinspektion tätig war, verhaftet und mitgeteilt, daß er erst frei gelassen wird, wenn mehrere lettische Offiziere, die in Esten und Schweden verhaftet sind, freigelassen werden. Desgleichen hat er für Reichsdeutsche in Libau von der nächsten Ausgabe ab die Brotkarten gesperrt mit der Begründung, daß da deutsche Truppen vor Libau ständen, die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln leide. Es muß festgestellt werden, daß an der Verhaftung der lettischen Offiziere in Schweden keine deutschen, sondern russische Truppen beteiligt gewesen sind und die Truppen, die vor Libau stehen, der deutschen Reichsregierung nicht unterstehen, sondern daß es Truppen sind, die dem Oberkommando der russischen Westarmee unterstehen, daß diese Maßnahmen der provisorischen lettischen Regierung also völlig ungerechtfertigt sind.

Obwohl die offiziellen „B. N. N.“ vor einigen Tagen vor den aus Mitau kommenden Meldungen warnen, da sie aus einer Pressestelle stammten, mit der die reichsdeutschen Truppen keine Beziehungen unterhalten, hält es das B.L.V. für notwendig, der deutschen Öffentlichkeit noch wie vor herartige Meldungen vorzusetzen. Wir erklären uns daher an der Richtigkeit der Meldung, soweit sie sich auf die Verhaftung deutscher Staatsangehöriger bezieht, zu zweifeln, und wir sind dazu um so mehr berechtigt, als bereits mehrere herartige Nachrichten in die Welt gesetzt wurden, bei denen es sich später herausstellte, daß sie erlogen waren und den Zweck verfolgten, das deutsche Volk gegen das lettische aufzubekken, um den Räuberfeldzug der deutsch-russischen Kollaborateure populärer zu machen. Wenn aber am Schlusse der Meldung wieder behauptet wird, die gegen die Letten operierenden Nordarmee seien keine Deutschen, sondern Russen, so ist das nichts weiter als ein durchsichtiges Spiel mit Worten. Denn ohne deutsche Hilfe und Unterstützung ist das baltische Abenteuer undenkbar.

Judenisch braucht Hilfe.

Helingsfors, 25. Oktober.

General Judenitsch hat durch den von ihm entsandten General Gulewitsch Finnlands Hilfe erbeten. Es verlangt, daß die finnische Regierung ihre abwartende Haltung vorläufig beibehalten wird. In der Peterburger Front finden heftige Kämpfe statt. Die Bolschewisten nehmen besetzte Verteidigungsstellungen ein. Die Moskauer Bahn soll unbedingt gehalten werden. Judenitsch hofft mit Hilfe der herangeschickten russischen Tanks und der Artillerie den bolschewistischen Widerstand zu brechen. Nachdem auch die Nordarmee die Offensive begonnen hat, entwickeln sich die Operationen zu einem großen entscheidenden Kampf gegen die Rotemacht.

Die Bergarbeiterbewegung in Amerika.

H. N. New York, 25. Oktober.

Während es gestern als unüberwindlich angesehen wurde, daß der Bergarbeiterstreik am 1. November in den Vereinigten Staaten ausbrechen würde, scheint sich heute die Lage etwas erleichtert zu haben. Louis „New York Times“ erklärt der Arbeitminister, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, direkte Unterhandlungen zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern über neue Abmachungen anzuknüpfen. Wenn es hier zu einem Uebereinkommen kommt, dürfte der Streik fünfjährig werden.

Die Gemeindevahlen in Birkenfeld.

Bei den am letzten Sonntag stattgefundenen Kommunalwahlen in Birkenfeld erlitten die Republikaner, die bekanntlich eine Auflösung von Didenburg erstrebten, eine restlose Niederlage. Auffallend ist der starke Rückgang der rechtssozialistischen Stimmen, der hier wie überall im Rheinland von einem starken Anwachsen der unabhängigen Stimmen begleitet ist. In der Stadt Birkenfeld selbst erhielten die vereinigten bürgerlichen Parteien 10 Sitze, die Unabhängigen 2. In Oberstein wurden gewählt: 5 Rechtssozialisten, 4 Demokraten, 2 Volksparteiler, 2 Zentrum und 2 Unabhängige.

Das Medusenhaupt des weißen Schredens.

München, 25. Oktober.

Im Morbprozess gegen die vier Angehörigen der Reichswehr wegen Ermordung der 21 katholischen Geiseln, wurde heute folgendes Urteil gefällt:

Es werden verurteilt: die Angeklagten Müller und Malowski zu je vierzehn Jahren Zuchthaus und zu je 10 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Grabert zu einem Jahr Gefängnis; der Angeklagte Kreinert wird freigesprochen.

„Man hat in der letzten Zeit oft die Tat am Karolinenplatz mit dem Geiselmord im Luitpold-Gymnasium in Parallele gestellt. Man kann aber meiner Ansicht nach die beiden Tattaten nicht miteinander vergleichen. Sie haben nichts miteinander zu tun, als die Grausamkeit der Tat. Der Geiselmord wurde aus reinlich politischen Motiven von den Führern provoziert. Am Karolinenplatz waren die Führer unschuldig. Dort war es Mord, hier ist es Totschlag. Wenn die Täter glaubten, daß sie Spartaßien vor sich hätten, dann wäre die Tat damit menschlich erklärbar (1!), aber nicht entschuldigbar.“ Diese Worte, die der Staatsanwalt in seiner „Anklage“-Rede im Münchener Blutprozess sprach, sind ein Symbol der Tragik, die auf den Münchener Ereignissen, ja die auf der Entwicklung der ganzen deutschen Revolution ruht. Sie sind ein Sinnbild der Vernichtung und des äußersten Kampfes, der schon wenige Tage nach dem 9. November angefangen hat und gegen alles, was mit revolutionärer Erhebung in Beziehung steht, in schärfster, niedrigster und verwerflichster Weise geführt wird, ein Sinnbild der Unterdrückung und der Fortsetzung, die allen gegenrevolutionären Menschenjahren zuteil wird. Die Fehler der Revolutionäre, sie werden Hundert- und tausendfach vergrößert hinausgeschrien in alle Welt und als der Gipfel allen Abscheus dargestellt, die Taten der Gegenrevolutionäre aber, sie werden als heiligstes Heiligtum gehütet, und wenn dies einmal gar nicht mehr möglich ist, so werden sie verhöhnt, entschuldigend und verdrängt, so wie jetzt der Staatsanwalt die unerschlichen Taten der Weißen Garden in Münchens Bartholomäusnächten bejährt und die Ermordung von Spartaßien als menschlich erklärlich bezeichnet.

Wochen- und monatlang wurde über diese Geschehnisse, die grauenhaft sind, als alle Menschenphantasie sie auszuwachen vermag, nicht allein der tiefste Schleier des Geheimnisses gebreitet, sondern sie wurden systematisch abgeleugnet. Als die Münchener „Neue Zeitung“ Einzelheiten über den Mord an Landauer, über dessen grausige Niedermehlung jetzt vor dem Forum des Gerichts zweifellose Klarheit gebracht wurde, veröffentlichte, da wurde sie mit Vorzensur bedroht. Die Silberlute der Angehörigen der ermordeten Kommunisten wurden mit Einkerkelung, mit neuer Erziehung beantwortet. Alle Berichte von Augenzeugen selbst über Einzelheiten, die gegen das, was der Prozess nunmehr erbrachte, beinahe harmlos zu nennen waren, wurden abgeleugnet.

Und wahrlich, nicht etwa die beginnende Einsicht der Regierung, daß dieses schamhafte Spiel der Abiegung der Münchener Tattaten doch einmal ein Ende haben müsse, war es, die diesen Prozess heraufschickte und damit die Öffentlichkeit wenigstens einen kleinen Einblick hinter die Kulissen der Münchener Tragödie tun ließ. Der „Fatum“, der einen Teil der Truppen postiert war, 21 katholische Geiseln für Spartaßien zu halten und sie dementsprechend zu mißhandeln, ihnen das Gehirn einzuschlagen, sie zu zerkleinern und die Toten zu bezaubern, hat dies Wunder bewirkt. Da es fromme katholische Geiseln waren, ward das Zentrum auf den Plan gerufen, und seine Macht brachte es fertig, was die Wahrheit vor der Wahrheit und vor der eigenen Ehre nicht fertig gebracht hätte.

Der Prozess hat vor der Deklamation volle Klarheit darüber geschaffen, daß die Hintertreibung der katholischen Geiseln durchaus kein Einzelfall gewesen ist. Er hat gezeigt, daß es nur einer von vielen ähnlichen Fällen gewesen ist. Doch die Regierung denkt vorläufig gar nicht daran, auch die anderen Akteure zur Verantwortung zu ziehen. Waren die Opfer doch in den anderen Fällen auch keine katholischen Geiseln, es waren ja „nur Spartaßien“. Und die Hintertreibung unglücklicher Spartaßien ist ja nach der Erklärung des Staatsanwaltes „menschlich erklärlich“. Die beiden Reichswehrsoldaten, die jetzt ihre Straftaten im Zuchthaus büßen sollen (falls ihnen nicht Gefangenheit gespart wird, Herrn Oberleutnant Wozel in München)

Kriegen zu befehlen), sind nämlich voll einer furchtbaren Ehrfurcht. Doch allein schuldig sind sie nicht. Allein schuldig sind auch nicht alle die andern Soldaten, die unter Klügelchen Profetiarat jenes furchtbare Blutbad anrichteten, ja, sie sind noch nicht einmal die Hauptschuldigen. Die Hauptschuldigen, das sind die Kreaturen, die die Soldaten erst in jenen unmenschlichen Zustand gegenüber allem, was Spartakisten genannt wurde, brachten, die die Vernichtung des „Moralistischen Gefindels“ eine edle Tat nannten und die darin selbst mit schlechtem Beispiel vorgingen. Ist es doch im Prozeß erwiesen worden, daß Offiziere in jenen trübsten Tagen sich Mannschafsmäßen auflegten oder Zivilanzügen, wenn sie auf die Spartakistenjagd gingen.

Doch nicht genug damit. Auch die höchsten militärischen Stellen tragen ein schweres Maß der Verantwortung. Würde doch in dem Prozeß ein bisher stets abgelehnter Erlaß des Obersten Cpp bekannt, der kurzerhand erklärte, jeder, der weiteren Widerstand gegen die Regierung Hoffmann leisten würde, müsse mit dem Tode bestraft werden.

Bei solcher bedenklichen Vorarbeit können die furchtbaren Taten der Soldaten wahrlich nicht wundernehmen. Es ist derselbe Geist, der in Berlin zu der Ermordung der 2 Matrosen durch den Oberleutnant Marlob, zu der Ermordung der „Vorwärts“-Parlamentäre und zu der handrechtlichen Ermordung so vieler Unschuldiger führte.

Sat doch selbst dieser Prozeß, in dem es sich noch nicht einmal um Spartakisten handelte, erwieisen, daß von den militärischen Stellen, welche die Untersuchung zu führen hatten, alles getan wurde, um die Verfolgung der Tat zu unterdrücken. Das Gericht der 2. Garde-Infanterie-Division hat es nicht einmal für nötig gehalten, auch nur ein Sektionsprotokoll über den Leichenbefund anzufertigen. Die 2. Garde-Division hat, wie einer der wenigen dem Blutbade entronnenen katholischen Geiseln, der Junge Acher, der die ganze Entwicklung der Voruntersuchung auf das genaueste kannte, ausrief: alles verhindert, was die Scheulichkeit der Taten nicht bringen konnte. Der Hauptmann v. Stutterheim, der nach der übereinstimmenden Aussage mehrerer Zeugen die furchtbaren Mißhandlungen der katholischen Geiseln durch die Soldaten ohne jedes Einschreiten zuließ, befindet sich noch heute auf freiem Fuß. Dieser Mann wagte es, sich vor Gericht damit zu entschuldigen, daß er erklärte, er habe von den Mißhandlungen nichts gesehen, weil er während des Transportes am Ende des Zuges sich mit einem Feldwebel über einen getöteten Sanitäter unterhielt. Und das sei ihm wichtiger gewesen, als die Beaufsichtigung des Gefangenentransportes! Wenn dieser Hauptmann v. Stutterheim, wenn all die anderen durch diesen Prozeß so schwer belasteten Personen, wenn insbesondere die verantwortlichen Stellen der 2. Garde-Infanterie-Division, die die Untersuchung geführt haben, nicht vor Gericht gestellt werden, so muß man an der deutschen Justiz völlig verzweifeln.

Zum Urteil im „Aufruhr“-Prozeß gegen die „Vorwärts“-Besatzung.

Nach zwei Wochen Hauptverhandlung hat der „Aufruhr“-Prozeß gegen die „Vorwärts“-Besatzung sein Ende gefunden. Das Verfahren hat wahrlich einen anderen Verlauf und Ausgang genommen, als die Anklagebehörde und die hinter dieser stehenden Stellen erwartet haben mögen.

In den vorangegangenen Prozeßen gegen die übrigen Teile der „Vorwärts“-Besatzung, die vor den Strafkammern saßen, hatte die Staatsanwaltschaft über die Schuld dieser Rädelsführer alle Behauptungen aus der Anklageschrift vorgebracht, die von einem Vorleibiger zutreffend als ein Roman bezeichnet wurden. In der Hauptverhandlung brach nun das ganze Gebäude dieser Anklage auf das glückseligste zusammen. Aus den Verlesungszeugen wurden Entlastungszeugen. Es sei bei dieser Gelegenheit anerkannt, daß Landgerichtsdirektor Jopp in seiner Verlesungszeugenschaft nicht nur, den Angeklagten das geschlechtliche Recht ihrer Verteidigung nicht zu beschränken. Diese Unparteilichkeit wirkte geradezu überraschend.

Zwar hätten wir auch dieses Urteil, das die Angeklagten nur zu einigen Monaten Gefängnis verurteilte, für einen zweifellosen Erfolg gehalten, denn die Tat der Angeklagten fällt unter kein Strafgesetz, es war kein Kampf gegen eine Regierung, sondern um die Regierung. Gleichwohl aber bedeutet das Urteil eine demütigende Kritik der Stellen, durch deren Schuld die Angeklagten seit etwa 1/2 Jahren, das heißt länger, als die ganze ihnen auferlegte Strafe beträgt, in Untersuchungshaft gehalten wurden. Es bedeutet auch ein vernichtendes Urteil gegen die bürgerliche und rechtssozialistische Presse, die gleichfalls im Prozeß gegen den Roten Soldatenbund, wie im Rautöchner Meuterei-Prozeß so auch in diesem Prozesse die ungeheuerlichen Verbrechen über die Taten der „Spartakisten“ brachte, die ohne jede Prüfung einfach bezeugt jeden verlogenen Spitzelbericht abdruckte.

Eine der bezeichnendsten Erscheinungen ist es jedoch, daß in all diesen Prozessen eine bestimmte Art von Zeugen nicht zur Stelle zu schaffen ist. Nach den früheren Gesetzen bestand besondere Vorschriften für die Zeugenpflicht aller Erfürten, aber eine Zeugenpflicht bestand und es wurde ihr auch genügt. Doch in der jetzigen vollendeten Demokratie ist ein Verstoß gegen die Zeugenpflicht entstanden. Die Regierungs- und Polizeispitzel sind tatsächlich von ihrer Zeugenpflicht durch den geschwehigen Schutz bestimmter Machtfaktoren befreit. Es handelt sich hier nicht um ein einzelnes Vorkommnis, sondern um ein System, das eine Sabotierung jeder geordneten Rechtspflege darstellt.

Der Aufruhrprozeß warf noch weitere Schlaglichter auf die Tätigkeit der Behörden und die Auffassung ihrer Amtspflichten durch Herrn Scheidemann. Herr Scheidemann hat behauptet, daß er von der Ermordung der sechs „Vorwärts“-Parlamentäre nur wisse, was die Unabhängigen Zeitungen gemeldet haben. Recht seltsam scheint das Ministerium Scheidemann seine Amtspflichten aufzufassen zu haben. Es hat sich nicht im geringsten verpflichtet gefühlt, diesen Meldungen durch eine strenge Untersuchung auf den Grund zu gehen. Der Angeklagte Vrah hat im Verlaufe des Verfahrens behauptet, die Beweise dafür zu besitzen, daß fiktive Personen ermordet worden seien, daß aus dem Zellengefängnis in der Lehter Straße ganze Autos voll Leichen fortgeführt worden seien, die man ins Wasser geschmissen habe. Er hat den Grafen Westarp des sechsfachen Mordes und des vierfachen Meineides beschuldigt und dafür politische Zeugen genannt.

Der Münchener Gesellschafter zeigt, daß man nicht mit einem Kuchelzucken über derartige schwere Aufschuldigungen hinwegkommen darf. Wo bleibt das Verfahren gegen den Grafen Westarp?

Koske gegen Koske.

Um den Ruf der Reichswehr zu bessern . . .

Beginnen wir noch einmal: Am 7. August ist von Herrn Koske die Jugendzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei „Die Freie Jugend“ verboten worden. Zwei Monate lang hüllten sich die militärischen Stellen über die Gründe des Verbots in tiefes Schweigen. Erst in der vorigen Woche hat Herr Koske in der Nationalversammlung angegeben, daß die Zeitschrift deshalb verboten worden sei, weil sie auf ihrem Titelblatt mit großen Lettern die Aufschrift getragen habe: „Der Staat als Mörderkule.“ Am gleichen Tage kam endlich auch eine schriftliche Antwort auf die Verleumdung des Genossen Haase über das Verbot. Sie enthielt dieselbe Angabe als Begründung.

Wir konnten sofort feststellen, daß die Behauptung Koskes eine glatte Unwahrheit war. Es gab zwar eine Zeitung, die den Namen „Freie Jugend“ führte und die auch einen Artikel mit der Überschrift „Der Staat, eine Mörderkule“ gebracht hat. Diese Zeitung hatte aber mit der Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht das mindeste zu tun. Ganz abgesehen davon, daß der Inhalt des von Koske erwähnten Artikels sich nicht gegen die jetzige Militärmacht richtete, sondern, wie auch der sonstige Inhalt des Blattes, das militaristische Denken überhaupt bekämpfte.

Wenn man schon nicht in dieser Verwechslung eine Absicht erblicken will, so bedeutet sie doch eine ungeheuerliche Bloßstellung nicht nur des Reichswehrministeriums, sondern der Regierung, in deren Einvernehmen Herr Koske handelt. Sie hätte in einem wirklich demokratischen Lande genügt, um die für diesen Akt verantwortlichen Personen von ihren Posten hinwegzusagen.

Anders im neuen Deutschland, im Lande der vollendeten Demokratie, in dem Staate mit der freiesten Verfassung der Welt. Die von uns enthüllte Blamage des Reichswehrministeriums wurde von der gesamten bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse totgeschwiegen. Die „Demokraten“ aller Schattierungen rührten keinen Finger, um die Verneinung des Rechtes, wenigstens in diesem einen Falle, an dem es nichts zu deuten gibt, wieder zu sühnen.

Jedoch Herr Koske hat nicht geschwiegen. An dem Tage, an dem wir die Blamage der für das Verbot verantwortlichen Stellen der Welt enthüllten, wurde das nachfolgende Schreiben verfaßt und später veröffentlicht:

Oberkommando Koske Berlin, den 23. 10. 1910.
Nr. 13201/A 1—1131—1159 Bra. Wendischstr. 18.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Bd. des Herrn Abgeordneten Hugo Haase,
Berlin NW. 6,
Schiffbauerdamm 21.

Begleichend auf mein Schreiben vom 7. ds. Mts. ist ich Ihnen folgendes mit:

Es ist festgestellt worden, daß sich die in meinem vorkehend erwähnten Schreiben angezogene Ueberschrift „Der Staat — eine Mörderkule!“ in Nr. 7 der Zeitung „Freie Jugend“, herausgegeben von Ernst Friedrich, Berlin O. 34, Kochhannstr. 10, nicht in der im Auftrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen, den gleichen Titel führenden Zeitschrift vorfindet.

Diese Feststellungen können jedoch an meiner sachlichen Stellungnahme letztgenannter Zeitschrift gegenüber nichts ändern. Wenn sich in ihr Artikel vorfinden, die in unerhört verleumderischer und verkehrender Weise u. a. behaupten, daß das Heer heute ein Heiß für Rohlinge aller Art und fragwürdiges Gesindel aller Bevölkerungsschichten ist, daß es freiwillige waren, die in Berlin usw. Hunderte von Schullosen kaltblütig niedermetzten, die Tausende bis aufs Blut mißhandelten, sie in den Kerker warfen, sie heften wie gejagtes Wild, daß der Krieg für die Freiwilligen eine Gelegenheit sei, sich zu bereichern und sich zu versorgen, so kann ich eine derartige Zeitschrift nicht als ungefährlich für die öffentliche Sicherheit ansehen.

Ich muß daher bei meinem Verbot der Zeitschrift verbleiben.

Der Oberbefehlshaber, gez. Koske.

Auf Grund dieses Schreibens ist folgender Tatbestand festzustellen: Vom 7. August bis zum 23. Oktober ist die Jugendzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie wegen eines Artikels verboten worden, den sie gar nicht gebracht hat. Zweieinhalb Monate lang hüllte sich also das Verbot auf eine Verwechslung, von der wir vorläufig annehmen wollen, daß sie nicht absichtlich begangen worden ist. Erst nach diesen zweieinhalb Monaten entdeckt Herr Koske, daß der Inhalt der Zeitschrift auch sonst gefährlich sei und daß aus andern Gründen das Verbot aufrecht erhalten bleiben müsse.

Ein Bild aus der Kinderstube: Der Vater hat seinen Sprößling eine runter. Nachträglich stellt sich heraus, daß der Junge die Ohrfeige wegen einer Missetat erhalten hat, an der er ganz schuldig ist. Der Vater aber erklärt kaltblütig, der Junge habe die Ohrfeige verdient, denn er werde schon irgendetwas Anderes begangen haben. Ein Pädagoge würde an den Vater das Verlangen stellen, die zu Unrecht ausgeteilte Strafe auf irgendeine Weise wieder gutzumachen, wenn er in dem Kinde nicht das Gefühl der Rache für erlittenes Unrecht hervorzubringen wolle. Die Autorität des Vaters könne nicht gewinnen, wenn ein Unrecht auf das andere gebaut werde.

Dieses Bild auf die politische Kinderstube Deutschland übertragen, und unsere Leser mögen die Schlussfolgerung selbst daraus ziehen.

Die von Herrn Koske erwähnten Worte sind nun wirklich in einem Artikel der „Freien Jugend“ enthalten, aber sie sind aus dem Zusammenhang gerissen, sie erhalten einen ganz anderen Sinn, wenn man den ganzen Artikel, in dem sich diese Stellen befinden, überliest. Der Artikel wendet sich nämlich gegen den militaristischen Geist und soweit darin das Heer von heute erwähnt wird, stützt er sich auf Angaben, die, wie es in dem Artikel heißt, von Führern der Truppen wiederholt ganz offen zugestanden worden sind.

Jedoch nicht genug damit. Herr Koske, Oberkommandierender aller Reichstruppen, wiederholt selbst die in dem Artikel der „Freien Jugend“ angeführten Vorwürfe, wie aus dem nachfolgenden Aktensück hervorgeht:

Reichswehrministerium.

Nr. 27. M. 8. 19. A. I. R.

Berlin W. 66, den 22. September 1910.

Leipziger Straße 3.

Der Minister des Innern hat der Reichswehr-Inspektion die Klagen vieler Landgemeinden, besonders in der Nähe Berlins, über die Lagen der Einquartierung übermittelt. Nach diesen Klagen muß die Disziplin in der Reichswehr zu wünschen übrig lassen. Die Klagen beziehen sich im wesentlichen auf folgende Punkte: Diebstahl und andere Gesetzesübertretungen kommen häufig vor. Viele Truppenteile machen fast gar keinen Dienst. Die Mannschaften verleben durch ihre Beispiele die Jugend auf dem Lande zu Müßiggang, Vergnügungssucht und zur Nichtachtung der Autoritäten und Geetze. Der Grund für die Duldung der erwähnten Mißhandlungen war bisher die nicht unberichtigte Sorge, nicht, wo wir gegenwärtig sind, das Heer in raschem Tempo zu verkleinern, sind derartige Sorgen nicht mehr begründet. Es muß jetzt durchgegriffen werden, schon um der berechtigten Zustimmung weiterer Kreise des Volkes Genüge zu tun. Wo irgend möglich, müssen die Truppen laferniert werden. Es muß mehr Dienst, besonders Felddienst geübt werden. Die Disziplin muß gefestigt, ungewohnte Elemente müssen rücksichtslos entfernt werden. Teil ein Teil der Entlassenen das Lager der Spartakisten verstärken wird, muß mit in Kauf genommen werden. Laugen sie in der Reichswehr nicht, so werden sie auch die rote Armee im Stich lassen, wenn es ernst wird. Ich darf erwarten, daß alles getan wird, um den Ruf der Reichswehr zu bessern und ihr inneres Geistes zu festigen.

Der Reichswehrminister gez. Koske.

Der Preussische Minister des Innern hat sich also nach diesem Schreiben die Klagen vieler Landgemeinden über die Reichswehr dadurch zu eigen gemacht, daß er sie der militärischen Stelle weitergab. Auch Herr Koske muß von ihrer Nichtigkeit durchdrungen sein, denn er spricht in dem Dokument von der „berechtigten Zustimmung weiterer Kreise des Volkes“, und er erwartet, daß alles getan werde, „um den Ruf der Reichswehr zu bessern“.

Ziehen wir das Ergebnis aus diesen Darlegungen. Koske kämpft gegen Koske; das Vergehen, das er neuerdings als Grund für die Aufrechterhaltung des Verbots der „Freien Jugend“ anführt, hat er sich selbst schuldig gemacht. Wenn es also noch eine Gerechtigkeit in Deutschland gibt, so müßte Koske schleunigst sich selbst verbieten!

Aber das erwarten wir nicht. Wer sich so in den Geist des Militarismus verstrickt hat, wie dieser Mann, der wird eher der einen Willkür zehn andere nachfolgen lassen, als daß er eingestehen würde, daß er geirrt habe.

Dagegen fragen wir die Regierung, ob sie es mit ihrer staatsmännischen Einsicht für vereinbar hält, daß das Verbot der „Freien Jugend“ noch länger aufrechterhalten bleibt? Es stellt nicht nur einen krassen Verstoß gegen die Verfassung und gegen das Pressegesetz dar, es ist auch sachlich nach unfern Darlegungen nicht begründet; es ist gelinde gesagt, ein Akt der reinen Willkür!

Die Meuterei des Inf. Regt. 21.

Zu unserer Meldung über die Meuterei des Inf. Regt. 21 in Thorn teilt uns jetzt das dortige Gouvernement mit, daß die 3. und 10. Kompanie nicht schamlos geworden seien. Geschlossene Formationen seien überhaupt nicht abgerückt, sondern lediglich keinem Trupp unter dem Schutze der Dunkelheit — im ganzen etwa 200 Mann. Das Gouvernement habe noch in der gleichen Nacht alle Maßnahmen getroffen, um die Flüchtigen festzunehmen und einen Grenzübergang zu verhindern.

Wir haben in unserer Veröffentlichung über die Meuterei dem Gouvernement Thorn einen Vorwurf der Leihilfe gemacht, vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß die schamlos gewordenen Truppen auf Befehl der mitbeteiligten Offiziere die Nacht benutzen haben, um die Militärbehörden in Thorn hinter die Furt zu führen. Die Schuld an dem ganzen Vorgang trifft ausschließlich die Offiziere des betreffenden Regiments, die durch lockende Versprechungen die Soldaten zur Flucht veranlaßt haben. Diese Herren haben sich ohne Zweifel der Verleitung zum Landesverrat, zur Meuterei und des vollendeten Betruges schuldig gemacht. Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit recht bald das Nähere darüber, wie das Vergehen dieser Herren geahndet werden ist.

W. fortsetzung.

Wie wir erfahren, wird nun auch der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ wieder in Tätigkeit treten. Bei der Zentrale der Diskontogesellschaft ist ein neues Bankkonto für ihn eingerichtet worden, über das Gen.-L. v. Leber und Direktor Franz Ludwig das Verfügungsrecht haben.

Zu allem andern also auch noch das. Zur Eiga zur Bekämpfung des Bolschewismus, zur beschleunigten Pflege und Förderung des Streikbuchs auch noch diese olberante Erscheinung. Auf jeden Fall wird das trübe Bild des angedeuteten neuen Deutschland, das so viele der ehrwürdigen Schicksalsblätter der wilhelminischen Periode so glücklich konstatieren hat, durch die Wiederherstellung dieses Schandflecks auf den deutschen politischen Umgangformen in der glücklichsten Weise vervollständigt.

Der letzte Streng.

Konrad Haenisch hat einen Erlaß ergehen lassen, in dem er den streikenden Schülern seine ganze Streng anhängt und gebietet, daß Schüler, die sich der Aufsehung schuldig machen, von den Lehranstalten zu verweisen sind.

Diese Kundgebung gegen die Störung der geistigen Wehrwerkbildung, um mit dem Leiter der Berliner Handelsschule zu reden, durch streikende Schüler ist zwar nach der Schablone der sonstigen Regierungspraktiken gegen Streikende gemacht, aber sie erscheint und trotzdem als ungleiches Mittel. Allein wirksam wäre ein Aufstehen unter den Lehrern, die die Jungen und Mädel zur Aufsehung gegen die Anordnungen der höchsten Schulbehörde aufwiegen. Solche soll es nämlich geben. Energie ist gut, Konrad Haenisch, aber sie muß am rechten Ort geübt werden.

Der Streik der Metallarbeiter. Das Spiel mit dem Feuer.

Als in der bürgerlichen Presse lebhaft die Frage auftaucht, warum die streikenden Metallarbeiter die Arbeit nicht sofort bei Beginn der Verhandlungen aufgenommen hätten, war dabei von „Treu und Glauben“ die Rede. Auf Treu und Glauben habe sich das Unternehmertum mit den Arbeitervertretern an den Verhandlungstisch gesetzt, und sie hätten sich nun betrogen und hintergangen.

Wie heimtückisch und falsch, wie schlecht gespielt diese Sentimentalität war, zeigt sich schon jetzt, denn das Unternehmertum wendet allerlei Tricks an, um aus der Tatsache, daß die Arbeiter den Verhandlungen nicht mehr ausweichen können und zur Annahme der Schiedsprüche genötigt sind, unläuteren Vorteil zu ziehen.

Nach dem Spruch vom 21. August sollte die Eingruppierung der verschiedenen Branchen in fünf Lohnklassen bis zum 5. September erfolgt sein. Die neuen Lohnsätze, die gemäß der Einreihung der Branchen für die einzelnen Gruppen zu zahlen gewesen wären, sollten nach Vertragsabschluss, das heißt nach dem 5. September, gezahlt werden. So der Sinn des Spruches vom 21. August.

Der Vertragsabschluss, an den bei der Abfassung des Spruches gedacht wurde, kam nicht zustande. Die Arbeiter traten in den Streik und die Regelung des Lohnstreites verzögerte sich um Wochen. Und nun, nachdem dank dem verständigen Eingehen der Streikleitung auf die Vorschläge des Arbeitsministers neue Verhandlungen im Gange sind, beharren die Unternehmer bei der oben angedeuteten Auslegung des Spruches vom 21. August und fordern seine Anwendung auf die gegenwärtige Situation. Wenn nach dieser Forderung der Unternehmer die Zahlung der Löhne erst nach Vertragsabschluss gezahlt wird, so bedeutet das praktisch, daß die Metallarbeiter auf die Zahlung der neuen Löhne noch viele Wochen warten müssen, denn der endgültige Abschluß des Vertrages ist vor Dezember kaum zu erwarten.

Darum lehnen die Metallarbeiter die Anwendung des betreffenden, durch die Verhältnisse völlig überholten Satzes des Spruches vom 21. August ab und fordern die Ansetzung eines bestimmten Termines, etwa des 1. Oktober 1919, für den Beginn der Lohnzahlung nach den neuen Sätzen.

Es kommt hinzu, daß die Dauer des Vertrages ebenfalls durch den Spruch vom 21. August festgelegt ist, und zwar läuft der Vertrag bis zum 31. Dezember 1919. Würde man also nach den Ansprüchen der Unternehmer verfahren, so kämen die Metallarbeiter kaum vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Vertrages in den Genuß der ihnen zugesprochenen Löhne.

Das aber würde nicht nur bedeuten, daß eine Fülle von Kraftaufwand in den Verhandlungen nahezu nutzlos verban wäre, sondern es hätte vor allem eine heftige Erregung der Metallarbeiter zur Folge, die in einem solchen Verfahren mit Recht einen Betrug, einen offenen und brutalen Verstoß gegen „Treu und Glauben“ erblicken würden, um mit den bürgerlichen Pharisäern zu reden.

Schon jetzt macht sich diese Erregung fühlbar, und es liegt auf der Hand, daß sie der gedeihlichen Entwicklung der Verhandlungen nicht gerade förderlich sein kann. Um so schmerzlicher aber ist dieser Betrugsversuch angesichts des bevorstehenden Winters mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Bei der neu anziehenden Teuerung wird die Arbeiterschaft den Lohnausfall, den das Gelingen des Streiches der Unternehmer zur Folge hätte, um so schmerzlicher empfinden. Dann aber muß schon jetzt gesagt werden, daß ein solcher Vertragsabschluss einen neuen und weit heftigeren Kampf sofort nach Ablauf des Vertrages, also im Januar 1920, unausbleiblich machen würde. Wir müssen nicht, ob der relativ geringe Vorteil, den die Unternehmer jetzt durch die Durchsetzung ihres Willens erzielen würden, den Nachteil aufwiegen würde, der auch ihnen aus einem solchen Kampfe entstehen müßte. Was ein umfangreicher und langer Streik der Metallarbeiter mitten im Winter aber für das gesamte Wirtschaftsleben bedeuten würde, brauchen wir nicht erst zu sagen. Darum halten wir es für die vornehmste Aufgabe des gegenwärtig tagenden Schiedsgerichts, diesen neuen Bündstoff von vornherein zu beseitigen, indem es durch einen entsprechenden Spruch die Vertragsabsichten der Unternehmer unmöglich macht.

Bericht des Schiedsgerichts.

Über die Schiedsgerichtsverhandlungen in der Berliner Metallindustrie wird vom Schiedsgericht für Lohnklassifizierung der Metallindustrie berichtet. Am Sonnabend wurden die Gruppen der Metallarbeiter, Metallkleber, Galvaniseure, Schweißarbeiter, Eisenkonstruktions- und Eisengießereibetriebe verhandelt. Die internen Beratungen des Schiedsgerichts halten Schritt mit den Verhandlungen der Parteien. Jedenfalls dürfte nach dem Stande der Verhandlungen nicht zu besorgen sein, daß durch sie die Wiederaufnahme der Arbeit verzögert würde.

Die amtliche Mitteilung läßt den Stand der Dinge nicht klar erkennen, insbesondere nicht den Umstand, daß die Frage der Wiedereinstellung der Streikenden noch keineswegs befriedigend gelöst ist.

Obsteute der Metallindustrie.

Die Sitzung der Obsteute findet bereits Montag früh 9 Uhr in den Sophienkassen statt, nicht, wie beschlossen, Dienstag.

Die Fünfzehner-Kommission tritt am Sonntag vormittag 10 Uhr zusammen.

H. G. O. Brunnenstr. Montag, den 27. 10., vorm. 10 Uhr: Betriebsversammlung Pharusstraße, Müllerstr. 3. N.: Noth. Sitzung R. A. O. Kollegen, welche 18-24 Stempel auf die Karte haben. Karte abgeben zwecks Auszahlung der Entlohnung.

unterstützung. Auch sind familiäre Quittungen am Montag zu unterzeichnen im Bürgerpark, Oberhöfenstraße.

Wachtung! Samsenwerk! Montag, den 27. Oktober kommen zur Streikunterstützung folgende Nummern in folgender Zeit zur Auszahlung. 1-150 vormittags 9-10 Uhr, 151-300 vormittags 10-11 Uhr, 300 bis Schluß von 11 Uhr ab.

H. G. O., Glühlampenfabrik. Montag, den 27. 10., vorm. 10 Uhr, Betriebsversammlung im Stadtheater Moabit, Wilmersdorferstr. 47/48. Nachdem Auszahlung der Streikunterstützung.

Anorrbremse und angehängte Betriebs! Montag, 27. Oktober, mittags 2 Uhr, Kaffee-Kellerei, Petri-Überbrückung. Abgabe der Streifen für die zweite Vertrauensprüfung. Montag, 12 Uhr, Vertrauensprüfung, Bellvue.

H. G. O. Hennigsdorf. Streikerversammlung am Montag, den 27., bei O. H. H. Hennigsdorf, vorm. 11 Uhr. Stempelung ebenfalls. Säge fahren ab Eiteliner Bahnhof 9.15 und 9.30.

Angestellte der Berliner Metallindustrie! Die Kollegen Handarbeiter befinden sich noch immer im Streik. Es ist unbedingt notwendig, daß Sie Ihre Sammelstätte durch Parolen oder Sammelstellen weiter fortsetzen. Wir erwarten die Teilnahme jedes Angestellten. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortssekretariat.

Telefunken. Betriebsversammlung, Montag, 10 Uhr, Bahnhofsstr. 2/3, kleiner Saal. Anschließend Auszahlung der Streikgelber.

H. G. O. Apparatfabrik. Montag, den 27. Oktober, nachm. 2 Uhr, Betriebsversammlung in den Pharuskassen, Müllerstraße.

Daimler. Montag, vormittag 10 Uhr, Mäckerhofstraße, Kartenabholung. Von 11-2 Uhr Auszahlung im Lokal von Krumm, Wencesstr. Ecke Reichardtstr.

Wig und Gen. Montag, mittags 1 Uhr, Betriebsversammlung. Auszahlung auch an Unorganisierte, Schloßbauerei Schönberg.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene Siemens-Schubert-We. Frankfurterstr. Versammlung, Montag, nachm. 4 Uhr, bei Börsich, Marktstraße. Erschienen notwendig. Mittwoch, nachmittags 4.30, Sitzung der Obsteute und Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten des Siemens-Konzerns bei Venz, Regeler Weg 97.

Deutsche Werkstätten-Gesellschaft, Hohenhöfenhausen. Dienstag, den 28. Oktober, früh 10 Uhr, im Restaurant Gerchleb, Berliner Straße 98, Zahlung der familiären Nummern. Stempelkarten müssen abgegeben werden zwecks Vertrauensprüfung.

Firma Sigismund Vorchardt. Betriebsversammlung sämtlicher Streikenden am Montag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr, bei Heim, Urbanstr. 29.

H. G. O. Brunnenstraße. Montag 10 Uhr vorm. Betriebsversammlung. Pharusstraße, Müllerstr. 142.

Bergmann, Berlin. Montag, den 27. Oktober, in allen Vertrauensstellen Zusammenkunft. Unterschreiben der Quittungen.

G. B. Goers. Montag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung des Gesamtwerkes Goers und Sendlinger im Schlosspark Siedlich. Um 12 Uhr im Lindenpark, Richterstraße, lombinische Sitzung sämtlicher Vertrauensleute und Ausschussmitglieder. Am Dienstag für Gesamtwerk im Lindenpark: Unterschreiben der Quittungen von 9-4 Uhr.

Wachtung, H. G. O. Gesamtes Konzern Werk Oberhöfenstraße, Monteur und Helfer vom Zentralbau, Hannoverstraße, Elektro-Thermit) Dienstag, den 28. Oktober, nachmittags 6 Uhr, Betriebsversammlung in der Aula, Pflanzstraße. Nach der Versammlung findet die Auszahlung der Vertrauensprüfung statt.

Es geht und folgende Resolution zu:
„Mit Entrüstung nehmen die Arbeiter der Firma G. Zwietsch u. Co. Kenntnis von der Absicht der Unternehmer, unsere Arbeiterrechte und Funktionen nicht wieder einzustellen zu wollen. Wir erklären darin einen Hohn auf das Mitspracherecht und erheben den schärfsten Protest dagegen, geloben, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer die Absicht aufgeben und alle Arbeiter restlos wieder einstellen. Wir sprechen der Iher Kommission unser vollstes Vertrauen aus und stellen uns einmütig hinter ihre Maßnahmen.“

Die Antwort der bulgarischen Friedensdelegation.

H. N. Paris, 25. Oktober.
Die bulgarische Delegation hat Freitag die bulgarische Antwort auf die Friedensbedingungen der Entente eingereicht. Die Antwort zerfällt in drei Teile. Der erste Teil enthält die Bemerkungen zum Völkerbund, den politischen und Arbeitsbestimmungen. Der zweite Teil umfaßt die Anmerkungen zu den territorialen Bedingungen, gegen die Bulgarien in bezug auf den Verzicht auf Thrakien und das Strumitgebiet Einspruch erhebt. Der dritte Teil bezieht sich auf die militärischen, maritimen und Luftfahrtbedingungen, sowie die Bestimmungen über die Befreiung der Kriegsgefangenen, über Schadenersatz usw. Der Oberste Rat am Freitag nicht versammelt und konnte die bulgarische Antwort daher nicht prüfen. Wahrscheinlich wird die Antwort an die bulgarische Delegation erst innerhalb einiger Tage erfolgen.

Die Pläne der russischen Gegenrevolutionäre.

Amsterdam, 25. Oktober.
Die „Times“ vom 23. meldet, daß General Koltschal sowohl von Denikin als auch Judenitsch als das Haupt der russischen Regierung anerkannt wird. Der in London eingetroffene offizielle Vertreter des Generals Judenitsch, General Dobriouss, erklärte, daß General Judenitsch weitgehende Maßnahmen getroffen hat, um die Befreiung der Bolschewistenführer zu sichern. Die Generale Koltschal, Judenitsch und Denikin haben die Absicht, wenn es ihnen glückt, Rußland zu befreien, eine Koalitionsregierung zu bilden, die die Grundlage für die friedliche Wahl der Konstituante auf demokratischer Grundlage bilden wird. Die drei Generale haben nicht die geringste Absicht, die Monarchie wieder einzuführen, sie streben nach einer demokratischen Regierungsreform.

General Mangin geht nicht nach dem Balkan.

Versailles, 24. Oktober.
Die „Autranfranz“ meldet, daß die Nachricht von der bevorstehenden Abreise des Generals Mangin nach dem Balkan bezichtigt. Es hätten sich verschiedene Schwierigkeiten politischer Art ergeben, die die Abreise verzögern, viellecht sogar gänzlich in Frage stellen können.
Nach demselben Blatt hat das französische Hauptquartier heute offiziell aufgehört zu bestehen. Marschall Pétain hat heute seine Offiziere um sich versammelt und sich von ihnen verabschiedet.

Russischer Protest gegen die Lösung der Kalandfrage.

Kopenhagen, 25. Oktober.
„Nationsökende“ meldet aus Stockholm: Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin hat ein Radiotelegramm an die Ministerien des Auswärtigen in Paris, London, Washington, Tokio, Stockholm und Helsingfors gerichtet, worin er dagegen protestiert, daß die Kalandfrage von der Friedenskonferenz in Paris entschieden werden soll. Er betont, daß zwischen Finnland und Rußland noch kein Übereinkommen abgeschlossen sei bezüglich der Grenze zwischen beiden Ländern. Die russische Sowjetregierung werde daher kein Abkommen anerkennen, das über die Kalandfrage ohne ihre Mitwirkung abgeschlossen sei.

Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain.

Wien, 25. Oktober.
Präsident Seig hat heute vormittag den Friedensvertrag von St. Germain unterzeichnet.

Der Kriegszustand mit Frankreich noch nicht beendet.

Berlin, 25. Oktober.
Die Pariser Meldung, wonach ein französisches Gesetz den Zeitpunkt der Beendigung der Feindschaften auf den 24. Oktober festgesetzt hat, ist von einigen Berliner Tagesblättern mißverstanden worden. Wir sind von zuständiger Seite gebeten worden, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß durch dieses Gesetz nicht der Kriegszustand mit Frankreich, sondern der Kriegszustand in Frankreich ein Ende erreicht hat. Der Frieden ist dadurch noch nicht in Kraft getreten, insbesondere ist das nach § 440 des Friedensvertrages hierfür erforderliche Protokoll noch nicht aufgestellt. Erst wenn dieses Protokoll aufgestellt ist, beginnt die im Friedensvertrag vorgesehene Frist für die Bestimmungen pp. zu laufen.

Smillie über die Verstaatlichung der englischen Bergwerke.

Amsterdam, 25. Oktober.
„Telegraaf“ meldet aus London, daß der englische Bergarbeiterführer Smillie auf einer Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten, auf der er über seine Unterredung mit Lloyd George in der Frage der Verstaatlichung der Bergwerke Bericht erstattete, erklärte, die Bergarbeiter stünden einer direkten Weigerung der Regierung, die Bergwerke zu verstaatlichen, gegenüber. Dem demnach stützenden außerordentlichen Gewerkschaftsangehörigen wurde die Frage vorgelegt, ob die allgemeine Gewerkschaftsbewegung im Hinblick auf die Weigerung der Regierung bereit sei, durch eine industrielle Aktion, einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Die Wirtschaftslage Englands.

H. N. London, 25. Oktober.
Kolonialminister Milner erklärte im House of Lords, daß die finanzielle Lage Englands trotz der bestehenden Unsicherheiten viel weniger ernst sei, als die irgend, eines anderen Landes, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und vielleicht Japans. Nichts berechtige zu der Furcht vor einem Bankrott, und ebenso wenig sei es nötig, eine große Veränderung im englischen Finanzsystem durchzuführen. Es würden möglicherweise später große Steuern nötig sein, bis jetzt habe sich die Notwendigkeit aber noch nicht erwiesen. Der Handel erhole sich sehr schnell wieder, auch auf anderen Gebieten vollziehe sich die Wiederkehr geordneter Verhältnisse schnell. Das werde auch so bleiben, wenn keine ernstlichen industriellen Unruhen entstanden. Daß die Ausgaben für das jetzige Finanzjahr noch so hoch seien, müsse auf die Folgen des Krieges zurückgeführt werden.

Das Befinden des Genossen Haase.

Im Befinden Haases ist keine Veränderung zu bemerken. Das Fieber hält noch an. Die Herzgätigkeit ist gut.

Die Technische Nothilfe überall.

Berlin, 25. Oktober.
Die Technische Nothilfe hat auf Grube „Leopold“ bei Wittersfeld heute mittag die Nothandarbeiten aufgenommen.

Milde Strafe für den Hülze-Heil.

Hamburg, 25. Oktober.
Nach fünfjähriger Verhandlung im Prozeß gegen den Hülze-fabrikanten Jakob Heil, dessen Fabrikationsbetrieb im Juni d. J. Anstich zu den Unruhen in Hamburg gab, wurde heute das Urteil gefällt. Heil wurde zu drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe und die Geschäftsführungsbüro zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Schriften zur Frage der Internationale

In den nächsten Tagen erscheint:
ARTHUR CRISPIEN:
Zur Geschichte der Internationale.
Anhang: Literaturverzeichnis. Preis etwa 75 Pf.
ALEXANDER STEIN:
Das Problem der Internationale.
Anhang: Beschlüsse und Richtlinien der 2. und 3. Internationale. Preis etwa 1 M.
Weitere Hefte in Vorbereitung.
Bestellungen auf die besten ersten Hefte erbitten sofort
Buchhandlung der
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Einladung zur Frauenkonferenz.

Am Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. November 1919

findet im

Volkshaus Leipzig, Zeißer Straße eine

Frauenkonferenz der U. S. P. D.

Katt. Beginn am 15. November, morgens 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Die politische Situation, a) Agitation und Organisation; b) Presse. Berichterstatterin: Luise Zieg.
2. Die Frauen und das Räteystem. Berichterstatterin: Toni Sender.
3. Die Erwerbsarbeit der Frauen. Berichterstatterin: Mathilde Wurm.

Wir eruchen die Genossinnen und Genossen aller Bezirke, für eine gute Beschickung der Konferenz Sorge zu tragen. Wir schlagen vor, bis zu 1000 weiblichen Mitglieder eine Delegierte zu entsenden, für jedes weitere Tausend eine Delegierte mehr. Wo Genossinnen zum Parteitag gewählt sind, was mir überall dringend befürwortet, ist zu empfehlen, diesen das Mandat zur Konferenz mit zu übertragen. Die Kosten der Delegation tragen die Bezirke.

S. U. des Zentralkomitees:

Luise Zieg. Anna Nemik.

Spaltung in der Jugendbewegung.

Die Verhältnisse in der sozialistischen Jugendbewegung haben sich in der letzten Zeit immer unerquicklicher gestaltet. Die „Freie Sozialistische Jugendorganisation“ segelte immer offener in rein kommunistischem Fahrwasser und führte einen immer heftiger werdenden Kampf gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Dies führte zu sehr unangenehmen Zusammenstößen zwischen den Jugendlichen. Auf der Reichskonferenz der Jugend, die am Sonntag in Weimar tagte, ist es nun zur Spaltung gekommen, die von den kommunistischen Elementen mit Absicht herbeigeführt wurde.

Die Hauptreferenten von der Reichszentrale wandten sich gegen die U. S. P. Sie vertraten den Standpunkt, die Jugend müsse die Sache einer Partei fördern und Partei ergreifen. Als diese Partei könne lediglich die U. S. P., deren Politik die beiden Referenten als die allein richtige bezeichneten, in Betracht kommen. Damit hatte die Debatte eine rein parteipolitische Basis erhalten. Der Referent der Opposition, ein Genosse aus Königsberg, war infolgedessen gezwungen, weniger die Jugendfrage zu behandeln, als die vielen unberechtigten Angriffe gegen die U. S. P. zurückzuweisen.

Im gleichen Geiste bewegte sich die Diskussion. Kein Wunder, daß eigentliche Jugendfragen dabei zu kurz kamen. Mehr als einmal hatte man den Eindruck, als ob man sich in einer Funktionärsversammlung der U. S. P. befand, was besonders in der Gewerkschaftsfrage deutlich wurde. Es wurde heftig gegen die Gewerkschaften zu Felde gezogen, wobei man abwechselnd den linken oder rechten Flügel der U. S. P. als den allein schuldigen Teil an dem Niedergange der Gewerkschaften bezeichnete und die kommunistisch-jugendliche Parteibewegung als das alleinigmachende Mittel zur Erreichung der Diktatur des Proletariats hinstellte. Schließlich nahm aber die kommunistische Konferenz-Debatte einen Antrag an, der verlangte, daß sich die Jugendbewegung der U. S. P. gegenüber sympathisch verhalten und alle anderen Parteien einschließlich der U. S. P. auf das

Schärfste bekämpfen soll. Sofort nach der Annahme dieses Antrages wurde ein Zusatzantrag angenommen, der v. sagt, daß alle, die gegen den Antrag gestimmt haben, als nicht mehr zur Freien Sozialistischen Jugend gehörig betrachtet werden! Damit war die Spaltung vollzogen. Gen. Wolenz, Königsberg, gab im Namen der Opposition folgende Erklärung ab:

„Da ein weiteres Zusammenarbeiten mit der ausgesprochen kommunistischen Jugend uns unmöglich gemacht ist, erklären alle Ortsgruppenvertreter, die auf dem Boden der „Freien Sozialistischen Jugend“ stehen und ein freundliches Verhältnis mit der U. S. P. sowohl als mit der K. P. D. wünschen, weil dadurch allein die Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit der „Freien Sozialistischen Jugend“ gewahrt bleibt, daß sie sich hier mit von der kommunistischen Jugend trennen.“

Gemäß dieser Erklärung verließen Vertreter von verschiedenen Bezirken Deutschlands den Konferenzsaal.

In der darauffolgenden Debatte wurde einmütig beschlossen, eine eigene Organisation unter dem Namen „Freie Sozialistische Jugend Deutschlands“ zu schaffen. Zu diesem Zwecke soll in Kürze eine Reichskonferenz zusammengetreten, die alle diesbezüglichen Fragen zu regeln haben wird. Ferner wurde allerseits auf das Entschiedenste die unbedingte Selbstständigkeit der neuen Jugendorganisation und die Unabhängigkeit von allen Parteien betont. Mit ihrem Anschluß an die kommunistische Partei hat die bisherige „Freie Sozialistische Jugend“ auch das Recht auf diesen Namen verwirkt.

Wer Interesse an einer wirklichen sozialistischen Jugendorganisation hat, wende sich zwecks Auskunft und Information an das „Provisorische Zentralkomitee“ der „Freien Sozialistischen Jugend“, zu Händen Walter Stala, Berlin R 39, Samsaistr. 10.

Mit jenem kurios formulierten Beschluß hat die sogenannte „Freie Sozialistische Jugend“, die faktisch längst keine Jugendbewegung mehr war, auch formal ihren Bankrott vollzogen. Denn es ist einfach unsinnig, die Zugehörigkeit zu einer Jugendbewegung von einem parteipolitischen Glaubensbekenntnis der Jungen und Mädels abhängig machen zu wollen. Es dürfte auch kaum zu erwarten sein, daß die Leiter der kommunistischen Jugendbewegung den Mut der Konsequenz aufbringen und von jedem neuzutretenden Jungen und Mädchen das Bekenntnis zur kommunistischen Partei verlangen werden.

Die Entscheidung für die kommunistische Partei, die eine helle geistige Verirrung dieser Jugendleiter offenbart, ist aber nicht nur politisch dumm, sondern auch unjugendlich. Jugendliche hätten aus eigenem Erwecken niemals einen derartigen Beschluß gefaßt. Er konnte nur entstehen auf einer von Älteren beherrschten Konferenz. Insofern ist er symptomatisch für die Krankheit, an der die sogenannte „Freie Sozialistische Jugend“ bereits seit Jahren litt und die nun zur Katastrophe geführt hat. Hier bestimmen die über das Jugendalter hinaus Entwidelten, die Zwanzigjährigen und noch Älteren, Inhalt und Form der Jugendbewegung. Sie beherrschen die Organisationen vollständig, nicht nur durch ein geistiges Ubergewicht gegenüber den Jugendlichen, sondern oft sogar auch durch die Zahl. Infolgedessen wurden von dieser Jugendbewegung auch nicht die Bedürfnisse der Jugendlichen, der 14-17jährigen, bedrückt, sondern die der Älteren, die 18-20jährigen und noch Älteren, die sich von denen der Jüngeren, besonders in geistiger Hinsicht, naturgemäß bedeutend unterscheiden. Die Jugendlichen fanden also in dieser Jugendbewegung längst nicht mehr das, was nach Herz, Körper und Geist verlangten. Daher erklärt sich die Flucht der Jugendlichen aus diesen Vereinen und die Gleichgültigkeit der jüngeren Elemente ihrer Organisation gegenüber, die seit einiger Zeit zu beobachten war. Mit dem Ausschleiden der wirklich Jugendlichen aus der Bewegung stieg aber noch mehr der Einfluß der „Älteren Jugendlichen“, und die sogenannte Jugendbewegung entwickelte sich schließlich vollends zu einer Organisation der älteren Jugendlichen, der 20-30jährigen. Diese innere Entwicklung der Jugendbewegung zu verhindern, ist ein Problem, an dem schon mehrere Jugendbewegungen zugrunde gegangen sind.

Darum verdient die mutige Tat der von den Kommunisten noch nicht geistig gefangen genommenen Jugendlichen auf der Konferenz zur Rettung wenigstens eines Teils ihrer Organisation

als Jugendbewegung hohe Lob und Anerkennung. Erfreulich ist es auch, daß sie sich in ihrer Tätigkeit auf die eigentlichen Jugendaufgaben konzentrieren wollen. Das soll zweifellos nicht heißen, alle politischen Fragen von den Jugendlichen möglichst fernzuhalten. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen werden, zumal in unserer politisch bewegten Zeit, nur allzu stark von politischen Strömungen berührt. Die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen wollen und müssen politisch geschult und erzogen werden. Die politische Aufklärung der Jugend darf nicht parteipolitisch orientiert sein; sie muß nach pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen. Nicht alle politischen Fragen interessieren die Jugend gleichermaßen. Nur die kommen für sie in Betracht, die in ihrem Interessenskreis liegen. Parteipolitische Streitfragen zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien gehören nicht vor die Jugend. Die politische Aufklärung der Jugend ist lediglich vom Standpunkt des prinzipiellen Sozialismus aus zu leisten. Nicht Parteianhängen, sondern denkende, grundsätzliche und charakterfeste Sozialisten zu erziehen, muß der Zweck der sozialistischen Jugendarbeit sein. Nur selbstlose, wahrheitsliebende Menschen eignen sich somit als Lehrer für die Jugend. Wer die Jugend für seine politischen Anschauungen mißbraucht, verflucht sich an ihr.

Das sollte die neue Bewegung der proletarischen Jugend und mehr noch aber die Partei, die diese Bewegung in selbstloser Weise fördern muß, beherzigen.

Für die neugeschaffene Organisation der Jugend gilt es aber vor allem, Sicherheiten dafür zu schaffen, daß die „Älteren“ der Jugend, die allmählich aus der Bewegung herauswachsen, diese nicht wieder ihrem eigentlichen Zwecke, der Jugend zu dienen, entleiden. Mit einer gewaltsamen Entfernung der über 18 Jahre alten ist hier nichts zu erzielen. Die Älteren haben gemeint unter den Jüngeren Freunde, die an ihnen hängen, auch werden die älteren Jugendlichen als Leiter und Führer der Jüngeren gebraucht. Es gibt nur das eine Mittel: die Aufgaben der Jugendbewegung müssen fest umgrenzt werden. Sie dürfen sich nur auf die Bedürfnisse der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen beschränken. Infolgedessen darf die politische Bildung der Jugend einen nicht zu breiten Raum in dem Aktionsprogramm der Jugendorganisation einnehmen, das alle Interessen der arbeitenden Jugend berücksichtigen muß. Die Jugend darf nicht politisch überfordert werden. Es wäre geradezu gefährlich, der Jugend Stoffe aufzubringen, die sie nicht haben will, und die sie ihrem Auffassungsvermögen gemäß nicht verdauen kann. Die Auswahl des politischen Stoffes sollten darum die Jugendlichen selbst treffen. Ueberhaupt dürfen nur die Jugendlichen das ausschließliche Bestimmungsrecht über ihre Organisation besitzen. Alle Älteren dürfen nur beratende Stimme haben und ihre Rechte und ihre Arbeit müssen durch organisatorische Maßnahmen unüberdär festgelegt sein. Ganz wird der Einfluß der Älteren in der Bewegung auf die Jugend sich ja niemals verhindern lassen. Aber jeder persönliche Reizgewinn der Jugendleiter zum Nachteil für die geistige Entwicklung der Jugend muß und kann verhindert werden. Da muß die Jugend selbst eben auf dem Boden sein und die Besten in unserer Partei, die in selbstloser Weise der Jugend helfen wollen, müssen für diese schwierige, aber auch befriedigende und erfolgreiche Arbeit von allen anderen Lasten in der Partei befreit werden.

Der wahrhaft „Freien Sozialistischen Jugend“ wünschen wir ein herrliches Glück!

Deutsche Nationalversammlung.

Sonnabend, den 25. Oktober.

Das Haus ist zu Beginn der Sitzung so gut wie leer. Reichsverkehrsminister Bell: Bedot ich zu meinem Gluck das Wort nehme, muß ich über einen schweren Unglücksfall zu Ihnen sprechen, der sich am 24. d. M. auf dem Bahnhof Kronowitz, der Nebenbahn Ratibor-Troppau, infolge Zusammenstoßes eines einfahrenden Personenzuges mit einem über das Grenzzeichen des Nachbargleises hinausstehenden Güterzuges er-

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia zur Mühle.

Wisswellen vermochte die arme Frau ihre Sorgen nicht zu verbergen. Dann hielt Jimmie in seinem Vordachshaus inne und verfuhr, ihr feinen Kleideren Wahnwitz zu erklären. War es denn recht für einen Mann, nur an seine Frau und seine Kinder zu denken und alle anderen Frauen und Kinder der Arbeiterklasse zu vergessen? Dies war ja der Grund, weshalb die Arbeiter jahrhundertlang Sklaven gewesen waren, weil jeder nur an sich selbst und nicht an die anderen gedacht hatte. Nein, man muß an seine Klasse denken! Muß als Klasse handeln, jede Gelegenheit benutzen, um Solidarität und Klassenbewußtsein zu lehren. Jimmie verwendete gern große Worte, die er auf den Versammlungen gehört hatte; sah er jedoch, daß Lizzie sie nicht verstand, so wiederholte er alles mit einfachen Ausdrücken. Der alte Granich saß jetzt in einer Klemme, man müsse ihm eine Lektion erteilen und zur gleichen Zeit den Arbeitern ihre eigene Macht lehren. Lizzie seufzte und schüttelte den Kopf. Für sie war der alte Granich kein menschliches Wesen, sondern ein Naturphänomen, wie der Winter oder der Hunger. Er und seine Gleichen waren seit unzähligen Generationen die Herren ihrer Ähnen gewesen, und der Versuch, seine Macht zu brechen oder auch nur zu beschränken, kam ihr wie der Versuch vor, der Blut oder der Sonne zu gebieten.

II.

Die Geschehnisse erreichten gar bald ihren Höhepunkt und rechtfertigten Lizzies schwerste Sorgen. In der Fabrik gährte Unzufriedenheit, Agitatoren schienen aus dem Boden zu wachsen; etliche standen in Jerry Colemans Sold, andere folgten bloß dem Wunsch, ihrer Verbitterung Ausdruck zu verleihen. Mittägliche Versammlungen entstanden fast von selbst, ohne vorher angekündigt worden zu sein, und Jimmie erfuhr, daß die Namen aller derer, die in den Ausstand zu treten bereit waren, gebucht werden würden.

Das Ganze wurde durch die Fabrikleiter, die von ihren Spionen wohl unterrichtet waren, auf die Spitze getrieben. Sie entließen etwa zwanzig der größten Störenfriede, und

als um die Mittagszeit diese Tatsache bekannt ward, schlugen die Flammen des Bornes hoch auf. „Streik! Streik!“ tönte es an allen Ecken und Enden. Jimmie gehörte zu jenen, die den Zug durch die Gasse anführten; brüllend, singend, wilde Drohungen gegen die Herren ausstehend, schritten die Arbeiter dahin, beschimpften alle, die an die Arbeit gehen wollten. Kaum ein Zehntel der Empiroarbeiter wagte den Versuch. An diesem Nachmittag hatte sich die Empiro-Maschinenfabrik, die dazu bestimmt war, für die russische Regierung Granatenhülsen herzustellen, in einen Versammlungstraum der Internationalen Sozialdemokratie verwandelt.

Jimmie Higgins war außer sich vor Erregung. Er sprang umher, schwenkte die Mütze, brüllte sich heiser; fast wäre er auf einen Holzstoß geklettert und hätte eine Rede gehalten. Genosse Gerrity und Genossin Mary Allen ermahnten; sie hatten von den Vorfällen gehört und brachten große Bündel des „Arbeiter“ mit. Jimmie verwandelte sich in einen Zeitungsjungen, verkaufte die Blätter zu Sonderpreisen, bis die Kupfer- und Silbermünzen seine Taschen zu gerreihen drohten. Dann stellten sie ihn als Laufburschen an; er half beim Organisieren der Deute, schleifte Mitgliedskarten und Listen herbei, sotteelte hinter einem Bierstimmigen, mit einem Megaphon bewaffneten Mann einher, der in verschiedenen Sprachen die Adresse des Hauptquartiers und des Lokals ankündigte, wo am Abend Reden in ausländischen Sprachen gehalten werden würden. Jemand schien den Ausbruch geahnt und bereits alle Vorbereitungen getroffen zu haben.

Am Spätnachmittag war Jimmie Zeuge eines aufregenden Vorfalles. Einige Leute hatten darauf bestanden, die Arbeit wieder aufzunehmen, und waren in ihren Arbeitsraum zurückgekehrt. Vor diesem stand sich nun die Masse der Streikenden. Die Streikbrecher wagten nicht, den Raum zu verlassen, verbarren dort, obwohl die Sirene das Ende der Arbeit verkündet hatte. Die Menge johlte und lärmte vor der Tür, die Leiter der Fabrik telephonierte um Hilfe in die Stadt. Zwar besand sich bereits der größte Teil der Roesviller Polizei an Ort und Stelle, und die Gesellschaft hatte außerdem eigene Wächter und Spittel, doch waren diese Leute durch den ganzen Bau verteilt. Sie standen mit drohenden und dennoch etwas unsicheren Mienen bei den

Eingängen, ihre Hand glitt oft, schier instinktiv, nach der rechten Hüfte.

Jimmie und ein Kamerad waren auf eine leere Kiste geklettert, lehnten an der Mauer und brüllten aus voller Kehle, sobald sich der Kopf eines Selben zeigte. Ein Automobil raste, wild tütend, in den Hof, die Menge stieß nach beiden Seiten auseinander. Das Automobil war mit Leuten vollgepackt, die aufeinander saßen, auf den Trittbrettern standen. Ein zweites folgte nach. Dies waren Wächter aus Hubbardtown, denn in solch einem Fall half die Hubbard-Maschinenfabrik ihren Konkurrenten. Dies war die Solidarität des Kapitalismus, von der die Sozialisten unentwegt sprachen.

Die Männer sprangen aus den Automobilen und stellten sich sächerförmig vor dem Eingang auf. Sie hielten Knüppel in den Händen; mit grimmigen Gesichtern brüllten sie: „Zurück! Zurück!“ Die Menge johlte, wich jedoch ein wenig zur Seite. Etliche Minuten später öffnete sich die Tür und der erste der erschrockenen Arbeiter erschien. Wildes Gebel brach los, ein Stein flog durch die Luft. „Verhaftet den Kerl!“ schrie eine Stimme, und Jimmie blühte sich nach dem Ausenden um. Er sah einen jungen Mann, der mit dem ersten Automobil gekommen war, und nun, aufrecht auf dem Sitz des Wagens sitzend, die Menge zu überblicken vermochte. „Verhaftet den Kerl!“ rief er abermals, und zeigte mit dem Finger in eine bestimmte Richtung. Die Wächter eilten hin. Der Mann, welcher den Stein geworfen hatte, begann zu laufen, doch kam er im Gedränge nur langsam vorwärts und wurde gleich von den Wächtern gefaßt. Er verduckte sich loszureißen, sie schlugen ihn auf den Kopf, wehrten mit ihren Knüppeln die vordringenden Massen ab. „Führt ihn ins Haus!“ rief der junge Mann. Einer der Wächter packte den unglücklichen Steinwerfer am Kragen, bis dieser blau im Gesicht wurde, und schlepte ihn in die Fabrik.

Der junge Mann im Automobil wandte sich der Menge zu, die den Ausgang verperrte. „Jagt die Leute aus dem Weg!“ brüllte er den Wächtern zu. „Träbt sie fort, der Teufel hole sie! Sie haben hier nichts zu suchen!“ Mit Fluch- und Schimpfworten spornete er Polizisten und Wächter zur Tat an, bis die Knüppel auf die Massen niederkam. (Fortsetzung folgt.)

38. Brandenburgischer Städtetag.

Eine Groß-Berliner Debatte.

Wittenberge, den 25. Oktober 1919.

Die Verhandlung des Brandenburgischen Städtetages wurde mit einer Groß-Berliner Debatte eröffnet. Stadt- at Sembrigi, Charlottenburg empfahl eine Resolution, die in dem auf dem Gedanken der Einheitsgemeinde beruhenden Entwurf keine geeignete Grundlage für eine zweckmäßige Neuordnung der Verfassung und Verwaltung von Groß-Berlin enthält. Als zweckmäßigste Lösung zur Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten in der Verfassung und Verwaltung von Groß-Berlin wird vielmehr die Bildung eines weiteren Kommunalverbandes durch Ausbau des bestehenden Zweckverbandes unter Einwirkung seines Aufsichtsrates und Umgestaltung seiner Verfassung, im übrigen unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der bestehenden Gemeinden empfohlen.

Hierzu brachte Bürgermeister Dr. Glucksmann-Guben einen Ergänzungsantrag ein, der verlangte, daß im Falle der Befreiung des Stadtwurfs des vorgeschriebenen Berlin, Mittelpunkt und nördlicher Vorort der Provinz Brandenburg werde.

In der Aussprache brachte Stadtdirektor Sembrigi, Charlottenburg die bekannten Argumente gegen die Einheitsgemeinde zum Vortrag. Im Berlin müsse ein starker großer Gemeinderat durch die Zusammenlegung der kleinen, nicht lebensfähigen Vororte gebildet werden. Die Selbständigkeit der Gemeinden Groß-Berlins sei die Quelle ihres Fortschritts und diese dürfe man nicht verlernen. Bürgermeister Dr. Glucksmann-Guben stellte die Forderung auf, daß das neue Groß-Berlin, ganz gleich, welche Formen es annehmen werde, in dem Verband der Provinz Brandenburg verbleiben müsse, der sonst vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe. — Stadtdirektor Scholz-Neußlin trat den beiden Rednern entgegen und sprach der Einheitsgemeinde das Wort. Nicht erst der traurige Kriegszustand habe die Lösung der Groß-Berliner Frage veranlaßt, sondern die unmöglichen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die einzelnen Gemeinden und die Bürgerschaft schon vor dem Kriege zu leiden gehabt haben. Man sollte doch nicht so große Angst vor dem kommenden Groß-Berlin haben. — Denselben Standpunkt vertrat Bürgermeister Dr. Mann-Neußlin, der zugab, daß der Neußliner Magistrat und die dortige Stadtdirektionen früher die entschiedensten Gegner der Eingemeindung waren. Heute seien sie ebenso entschiedene Anhänger der Einheitsgemeinde. Der Krieg habe es den schon früher leistungsfähigen Gemeinden unmöglich gemacht, weiterhin selbständig zu bleiben. Mit dem Kostenausgleich sei ihnen nicht mehr zu helfen. Die weislichen Vororte, die ihn jetzt haben wollen, hätten den Kostenausgleich früher abgelehnt, als er noch durchführbar war. Genau wie Berlin die erste große Eingemeindung verpasste, hätten die weislichen Vororte den Kostenausgleich verpasst. (Lebhaftes Zustimmung.) Stadtdirektor Dr. Borchardt-Charlottenburg trat für den Anschluß des neuen Groß-Berlin an die Provinz Brandenburg ein. Berlin sei leistungsfähig nur eine selbständige Provinz geworden, weil die damalige Regierung dem brandenburgischen Provinzialtag seinen agrarischen Charakter bewahren wollte.

Nach einer längeren Aussprache beschloß der Städtetag von einer Abstimmung über die verschiedenen vorliegenden Anträge Abstand zu nehmen und abzuwarten, bis der endgültige Bescheid vorliegt. — Als rechtssozialistisches Mitglied wurde der Bürgermeister Jung-Sommerfeld in den Vorstand delegiert. Darauf wurde der 88. Städtetag von Oberbürgermeister Scholz geschlossen.

Landeskonferenz der Erwerbslosenräte Preußens.

Zweiter Tag.

Am zweiten Tage wurde in die Debatte über Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene eingetreten. Herr Danker als Vertreter der Erwerbslosenräte Groß-Berlin legte an, mit Rücksicht auf die bestehenden Unklarheiten über Anrechnung von Renten auf die Erwerbslosenunterstützung die Wünsche der Konferenz in dieser Frage dem Arbeitsministerium zu unterbreiten, da zur Zeit eine Kaufkraft der Reichsregierung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen wird. Genossin Altmann-Neußlin trug die Kollage der weiblichen Erwerbslosen vor, welche mit niederen Löhnen als die Männer angestellt werden, trotzdem sie die gleichen Lebensbedürfnisse haben. Fürchtbar sei die Lage der Witwen, deren Männer im Felde gefallen, welche bei niedriger Unterstützung nicht wissen, wie sie die hungrigen Kinder satt machen sollen. Genrich-Sietzin kritisierte die Anrechnung der Renten; auch werden die Rentenkonten schlammiert, denen man nachzuweisen sucht, sie wären vor dem Kriege schon laun gewesen; dadurch verliere man die Rente zu drücken. Der Vertreter von Leipzig zeigte den Widerspruch, der darin besteht, daß dieselbe Regierung, die den Arbeitgebern verbietet, den Lohn durch die Rente zu kürzen, dieselbe in der Erwerbslosenunterstützung tut. Dinge-Charlottenburg zeigt, daß auch den Kriegsgefangenen große Schwierigkeiten bei Erlangung der Erwerbslosenunterstützung gemacht werden; wenn der Vater in Arbeit steht, soll er den Sohn mit erhalten und wird die Unterstützung abgelehnt. Genosse Wurm führte aus, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit mit Erlaubnis der Regierung 180.000 polnische Landarbeiter als billige Arbeitskräfte für die Agrarier eingeführt werden. Den Vertretern von Danzig zeigte er an Hand einer Karte, daß versucht wird, unter dem Vorwand, daß die Warschauer und Lemberger Hochschulen überfüllt seien, die Danziger Hochschule den Polen zuzusprechen.

Folgende Resolutionen wurden angenommen: Die Vertreter der Erwerbslosen Danzig verlangen von der Regierung Auskunft, wie es mit den zehn Zwölfteln der Erwerbslosenunterstützung nach dem Unterscheiden des Friedens wird. Die Vertreter verlangen, daß die Zuwendung nach dem bestehenden Recht den Arbeitslosen Danzig, die 4 1/2 Jahre gekämpft haben, weiter gegeben wird.

Die am 24. und 25. Oktober 1919 tagende Landeskonferenz verlangt von der Regierung, daß den Kriegsbeschädigten die Rente auf die Erwerbslosenunterstützung nicht anzurechnen wird, da es den sozialen Verhältnissen nicht entspricht, die hohen Renten zu kürzen. Die Kriegsbeschädigten wollen keine Vorkämpfer, sondern Rechte.

Genosse Schöner referierte dann über „Auswandererfragen“. Es haben sich unzählige Vereine gebildet, die die Auswanderer befragen und ihre Interessen wahrnehmen wollen. Es kann und nicht gleichgültig sein, wenn die besten Kräfte der organisierten Arbeiterklasse auswandern. Der Referent stellte Richtlinien auf, welche von einer Auswanderer-Interessengemeinschaft auszufragen sind. Der Korreferent, Genosse Gumplich, verwirft diese Interessengemeinschaft und zeigt, was der Ansehungsverein „Ost“, Leipzig, bis jetzt schon für die Anstellung in Ausland getan. Eine Delegation wurde nach Ausland geschickt, die den Volkswissenschaftler in Augenfeldern nahm. Der Amdt der Reise, Anstellung in Ausland, wurde mit Hilfe der Sowjetregierung erreicht. Das Bundesministerium Wologda wurde gewählt. Es seien dort gut genährte und gekleidete Proletariat vorhanden und die Zeitungsmeldungen von Hungernot sind stark übertrieben. Nur alle Paleten sind sehr knapp gehalten und müssen die Lebensmittel sehr teuer bezahlen. In Ausland ist jeder revolutionäre Prole-

tarier willkommen, dagegen sind gelbe oder konterrevolutionäre Arbeiter nicht erwünscht.

Folgende Resolution wurde angenommen: Die Landeskonferenz erklärt, alles daran zu setzen, im Geiste des revolutionären, internationalen Sozialismus die Verbindung des deutschen und russischen Proletariats zu erzwingen. Das kann geschehen 1. durch eheliche Aufnahme der diplomatischen Beziehungen; 2. durch gegenseitigen Austausch notwendiger Produkte; 3. durch Erfüllung des russischen Anerbietens, 800.000 deutsche Arbeiter aufzunehmen.

Ferner wurde beschlossen, daß der Landesausschuß aus sieben Personen bestehen soll. Sie sind Berlin, gewählt wurden: Frau Altmann-Neußlin, Lotz, Wilmersdorf, Metzsch-Dichtenberg, Jennerich-Pommern, Rensmann-Rheinprovinz, Frank-Cöpenhagen, Mettins-Wehrhagen.

Zur Reichskonferenz wurden folgende Genossen delegiert: die Genossin Altmann, die Genossen Jrsad, Keufer, Gabyriel und Rensmann. Die Adresse des Landesausschusses ist, Metzsch, Berlin-Dichtenberg, Markstr. 10/11. Telefon: Dichtenberg 1288.

Genosse Schumann sprach sodann über „Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung“. Er zeigte an Hand reichlicher Materialien, wie die Arbeitsbeschaffung sabotiert wurde und die Arbeiter nicht arbeiten wollen, haben sich bei der Kontrolle als Schwindler erwiesen. Die Agrarier lehnen ab, Großstädter zu beschäftigen, aus leichtbegreiflichen Gründen. Bei der Ueberweisung ins Kohlenrevier liegen die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Unterkunftsstätten. Redner zeigte, wie Geld für die neue Einrichtung des Arbeitsnachweises der Reichswehrbrigade vorhanden sei. Außerhalbige Arbeitsnachweise sind nur für die Liebhaber des Kapitals vorhanden. Es wird bei den Unternehmern angefragt, wieviel junge kräftige Leute bei ihnen beschäftigt werden können. Es sei notwendig, daß mit Vollmachten ausgestattete Personen die Bergwerke, Betriebe usw. kontrollieren, um die Unterbringung von Arbeitslosen, möglichst auch gegen den Willen der Unternehmer, durchzusetzen. Ein Reichsarbeitsamt müsse geschaffen werden, das folgende Aufgaben hat: 1. Arbeitsvermittlung, 2. Arbeitsbeschaffung, 3. Berufsberatung, 4. Stellenvermittlung, 5. Obligatorische Stellenvermittlung und 6. Zwangsanstellung aller offenen Stellen. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen. An der folgenden Diskussion werden die Ausführungen unerschrocken und dringende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung von der Regierung verlangt, da die Erwerbslosen keine Unterstützung, sondern Arbeit verlangen. Die Gründung von Arbeitskolonien aus den Reihen der Kollaboranten wurde zu dem Zweck durchgesetzt, Streikbrecher für kommende Kämpfe zu haben. Ein Antrag, der verlangt, daß die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung sowie solche durch Zeitungsinteressen bezogen wird, außerdem dem Reichsverband die Arbeitsvermittlung unterliegt, wurde angenommen. Ein Zusatzantrag, der den Arbeitslosen im Arbeitsamt Sitz und Stimme geben will, wurde angenommen, gleichfalls ein Antrag, der die Vermittlung von Landarbeitern von einer Bindung in die andere verbietet, wenn genügend Erwerbslose dort vorhanden sind. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die Landeskonferenz der Erwerbslosen aus dem Reich werden erst, auf schnellstem Wege die Zahl ihrer Erwerbslosenräte, sowie die Zahl der Erwerbslosen ihrer Landeszentrale dem Unterzeichneten einzuschicken. Außerdem ist es dringend notwendig, die ihnen angefallenen Orte dem Bezirke mitzuteilen, damit der provisorische Reichsverband seinen Arbeit für die Wahlen des Reichserwerbslosen-Ausschusses beenden kann.

Der Reichserwerbslosen-Ausschuß, A. L. Paul, Seckler, Berlin-Steglitz, Alsenstr. 6. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten!

Groß-Berlin.

Kohlenlieferungen.

Alle Klagen über Materialmangel, schlechte Transportverhältnisse, Arbeitslosigkeit werden auf den Mangel an Kohle zurückgeführt. In der Sitzung der städtischen Tiefbaukommission wurde berichtet, daß die Arbeiter der Nord-Südbahn eingestellt werden und mehrere hundert Arbeiter entlassen werden müssen, weil es an Zement fehle. Trotz aller Bemühungen bei allen behördlichen Stellen, unter Hinweis auf die großen Gefahren, welche die Einstellung der Arbeiter mit sich bringen, war es nicht möglich, Material zu bekommen. Als Ursache wurde der Mangel an Kohlen angegeben, welcher bei den Zementfabriken vorhanden sei. Nun haben wir Kohlenkommissare, Reichskohlenkommissare, die die Kohlenverteilung in der Hand haben. Man mühe meinen, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um die Kohlen auch zu erfassen. Das scheint aber sehr im Argen zu liegen. Wie wäre es sonst möglich, daß ein Angestellter der Elektromotorenwerke in Raitzdorf, Oberschlesien, einem Berliner Unternehmer, Herrn Paul Semmer in der Glindestraße anzeigen kann, daß in den nächsten Tagen zwölf Waggon Steinkohlen an seine Adresse abgehen werden.

Mit der Hausbrandkohle ist es nicht besser. Die Briefe sind jedem in Nationen zugeteilt — auf dem Papier —, es ist fraglich, ob das Quantum auch geliefert wird. Andererseits gibt es Leute, die ohne Mühe über große Mengen Hausbrandkohle gebieten. Man kann sogar ganze Wagenladungen erhalten, wenn — nun wenn man die nötigen Gegenleistungen geben kann. Einen Beweis hierfür liefert das folgende Inserat in der „Deutschen Jägerzeitung“ vom 19. Oktober:

Suche Abfuhr und Ueberlassung des Geweihtes eines jagdbaren Hirsches und überlasse dagegen einen Waggon Briefe, von Delius, Bergwerksdirektor, Pleß a. d. Elbe.

Man fragt sich: Wie kommt der Bergwerksdirektor dazu über einen Waggon Briefe zu verfügen? Und das, um seiner Jagdlust fröhnen zu können. Und wenn er in einem Falle über die Kohlen frei schaltet und maltet, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er noch in anderen Fällen so verfährt.

Es bleibt aber die Rationierung, wenn auf diese Weise die Kohlen verschoben werden. Wer also eine Jagd sein Eigen nennt und Hirsche zu schießen hat, erhält Hausbrandkohle. Nächstens kommt ein Bergwerksdirektor darauf, Kohlen schießen zu wollen. Er braucht seinen Wunsch nur bekanntzugeben und Kohlen zu verschicken, flugs werden sich Jagdinhaber finden, die dem jagdlustigen Herrn Direktor zu Willen sind.

Hier steht den Kohlenkommissaren ein dankbares Feld offen.

Der Staat wieder einmal gerechtfertigt!

Der schreckliche, spartakistische, gewaltsame Umsturz, der den Monat zu Rano verdrängen wurde, kann auch im November nicht stattfinden, denn die Massenbesessenen wurden am Freitagabend in einer Witschaft der Neuen Wilhelmstraße verhaftet. Der freilebende Bürger wird erleichtert aufatmen ob dieser Nachricht. In die Witschaft kamen vier Männer, wader wurde gesucht; plötzlich fuhr ein Auto mit der neuen Sicherheitspolizei vor, der eine Feder zeigte seine Ausweise, entpuppte sich als Lotspiegel der niedrigsten Sorte, die andere drei, ein Soldat, angeblich ein Unteroffizier, und ein Oberleutnant in Zivil, wurden verhaftet. Der Spiegel offenbarte einem anwesenden Pressevertreter, daß er sich den Leuten gegenüber als Kommunistenführer ausgegeben habe und diese hätten sich gegen hohe Bezahlung bereit erklärt zur Lieferung von Schusswaffen, Patronen, vielleicht auch noch Land. Der Herr Spiegel erzählte noch weiter, daß von den niederträchtigen Spartakisten unter Führung von Juden ein Gemaltstreich gegen die bestehende Ordnung im November geplant sei. Stolz hob sich seine Brust über seine neueste Heldentat, auf Geminn bedachte Soldaten zur Waffenlieferung überredet zu haben.

Auch dies keine Vorkommnis zeigt, mit welcher niederrüchigen Mitteln die Regierung arbeiten läßt, um alle Gemaltmaßnahmen, die sich gegen alles, was links von Kasse steht, richten, zu recht fertigen. Herrlich weit haben wir es in der sozialistischen Republik gebracht, daß notorische Lumpen als Lotspiegel fortwährend manig charakteristische Elemente zu Vergehen und Verbrechen anreizen.

Die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neußlin.

Eine Korrespondenz meldet:

In der Aufsichtspräsidium am 22. Oktober, an der auch die Vertreter der Stadt und des Verbandes Groß-Berlin teilnahmen, wurde die Einwirkung der Revolutionsfolgen auf das im Bau befindliche Unternehmen besprochen. Im letzten Geschäftsbericht war bereits auf die Unmöglichkeit hingewiesen, das Unternehmen bei den derzeitigen Löhnen und Materialpreisen durchzuführen. Die von den Behörden in Aussicht gestellten Kostendankschüsse bleiben aus, und die Kostendarstellungen müssen eingestrichelt werden. Die Preise und Löhne sind demnach weiter gestiegen und steigen noch immer, daß die Fertigstellung der Bahn das Dreifache und mehr der Friedenspreise beansprucht. Bei solchen Umständen ist eine Rentabilität auch bei erheblich gesteigerten Tarifen nicht zu erreichen.

Die Vertagung der Gesellschaft hat deshalb beschlossen: Die Arbeiten soweit als möglich auf die Sicherungsmaßnahmen zu beschränken und zur Erörterung der Verhältnisse mit dem Magistrat Berlin und dem Verband Groß-Berlin in Verhandlungen einzutreten.

Offenlich gelingt es, die Schwierigkeiten zu überwinden, damit auch im Interesse der Arbeiter der Bahnbau seine Unterbrechung erleidet.

Die Generalversammlung der Prostituierten.

Durch Besuche an allen Bezirksstellen berief die „Gesellschaft für Frauenangelegenheiten“ (Mit. soziale Hilfe) für Freitag nachmittag eine Generalversammlung der Prostituierten nach dem Kriegereinstellung ein. Die Versammlung fand nun nicht im Kneipenlokal statt — nicht fürchte die Verwaltung eine Vermeidung des Aufsehens des Kriegereinstellung ein, sondern im nahen „Bogener“. Zahlreiche Besucher folgten dem Verbot des Platzes, Männlein, solche mit dem ersten Platz unter der Nase und Genuß, aber verschämter wenig Prostituierte; sie hatten wahrscheinlich eine Bekanntschaft durch die „Güte“ oder eine Vermeidung ihres Geschickes befürchtet, aber außerordentlich stark waren die „Besucher“ der Witschaft vorzuden und dann sehr hart — die Presse. Von manchen Zeitungen waren sogar mehrere Vertreter am Abend und ein Pressevertreter machte über diese Zustände die sehr gute Bemerkung, daß sich der größte Teil der Presse eben auch prostituiert, eine Interessensvertretung könne eigentlich gemeinsam angestrebt werden.

Die Tätigkeit der Tage wurde im allgemeinen in der Presse nicht festlich behandelt, es wurde der Standpunkt vertreten, daß es sich in Anbetracht des hohen Eintrittspreises und des enormen hohen Zeitraumes, um Gründe um eine neue Konvention der Prostituierten handeln könne. Auch wir dortaus und vertreten diesen Standpunkt, so lange nicht scharf genug der Öffentlichkeit bangelegt wird, was mit den bestimmten Geboten geschieht, so lange über die Tendenzen der Tage, und ihre Zusammenfassung ein gewisses Dunkel geblieben ist. Auf Vorschlag der Dozentin wurde in der Versammlung eine Kommission gewählt, die diese Verhältnisse unter Fingierung eines Rechtskommissars prüfen soll. Ein Ergebnis der Untersuchung ist also abzuwarten. Der Kommission gehört u. a. Dr. Magnus Hirschfeld an, der in der Diskussion eine Abschaffung der „doppelten Moral“ verlangte und feststellte, daß er mit der Lage in keinerlei Beziehung stehe.

Die Tage erhebt nach den Ausführungen ihres Direktors eine radikale Änderung der bestehenden Kontrollvorrichtungen, um ein Weiterumfahren der Geschlechtshandlungen zu verhindern, weiter eine gleichzeitige Bekämpfung der erkrankten Prostituierten in allen Krankenhäusern. Der Versammlung wurde der Bescheidungsbescheid des Polizeibereichs a. D. Droom zur Kenntnis gebracht.

Die Diskussion war recht lebhaft, manchmal erregt, es fehlte an heftiger Verhandlungsführung. Es traten auf: ein Arzt, ein Schriftsteller, ein Rechtsanwalt und ein angeblicher „Gewerkschaftler“ aus Nürnberg mit mitteldeutschem Dialekt, der eine ganz verächtliche Kenntnis der Verhältnisse in Prostituiertenkreisen an den Tag legte; außerdem sprach verächtliche Pläne eine ehemalige Prostituierte, die die politische Gleichmütigkeit zum Tragen von Männlein-bern hat. Wiederholt wurde ein enger Zusammenschluß der Prostituierten gefordert, nur dadurch und durch die Wahl von Vertrauenspersonen könnten ihre Interessen wirksam vertreten werden. Der Schriftsteller forderte, daß die Bezeichnung „Prostituierte“ allgemein durch „Frauenmädchen“ ersetzt werden solle, sie würden doch vielen Männlein viel mehr Freude bereiten als eine beunruhigende, langweilige Schelme. Der „Schriftsteller“ hat sich jedenfalls einen mächtigen Stein im Brett beschafft, das demers der Beifall der Frauenmädchen und ihre Freunde über die Ausführungen. Die ehemalige Prostituierte war der entscheidende beste Diskussionsredner. Sie las den anwesenden Kolleginnen herbe die Reden, forderte unabhängiges Betragen und einen gründlichen Personwechsel im Hotelkonkurrenzhaus, weil das jetzige Personal sich in weitgehender Weise betreten lege.

Zum Schluß der Versammlung wurde eine den Vertretern der Tage entsprechende Grußbesetzung angenommen.

Freigabe weiterer Kohlenrationen. Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit: Vom Montag ab dürfen bis auf weiteres neben den bereits durch Bekanntmachung der Kohlenstelle Groß-Berlin vom 20. September 1919 festgesetzten Abfuhrplänen auch auf die Abfuhrpläne 2, 12, 23 und 24 der neuen Kohlenrationen abgegeben und entnommen werden. Die ursprünglich beschlossene Freigabe des ersten Abfuhrplänen der neuen Ration wurde infolge der durch den Streik der Magistratskräfte in Berlin eingetretenen Verzögerung bei der Ausgabe der Rationen nicht hinausgeschoben werden.

Die Volksfürsorge gibt bekannt: Die Versicherungsstelle Nr. 398/286, lautend auf den Namen Frieda Keller, ein Sparmarkenbuch Nr. 1910 mit Sparmarken im Werte von M. 85,— und ein Aufnahmeregisterbuch Nr. 21271 bis 21280 hat von einem Verrätermann der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Gewer-

Haftliche Versicherungsgesellschaft, verloren worden. Diese ...

Die Freie Gewerkschaftsgemeinde für Proletarier hat mit Rücksicht auf die Begrenzung ihrer Arbeiten ihren Namen geändert in ...

Aus den Gemeinden.

Friedenau. In der Gemeindeverordnetenversammlung am 10. Oktober 1919 ...

Reinickendorf. Die letzte Gemeindeverordnetenversammlung nahm nach Einführung der neu eingeführten Gemeindeverordneten ...

Zeug. In letzter Sitzung der Gemeindevertretung am 20. Oktober wurde an Stelle des zum Schließen gewählten Herrn ...

Polk (Kaufvertrag) mit 4000-5000 Mark Gehalt. Unser Redner war für Erhöhung der untersten Stufen; eigentlich sollte allen für gleiche Leistungen gleiche Lohn gewährt werden ...

Lebensmittelkaffender.

Brot- und Viehfutterkaffender in der nächsten Woche nur auf Brotkaffender mit dem Kennwort: „Kaffender“.

Die Vollmischkaffender für Dezember 1919 werden in den zur Zeit ...

Es dürfen sich Inhaber von „A“ und „B“-Kaffenderarten und von ...

Charlottenburg. Kleb 200 Gramm, Kartoffeln 7 Pfd., Graupen ...

Wilmersdorf. 7 Pfund Kartoffeln, 150 Gramm Graupen, ...

Neukölln. 150 Gramm Reis, 300 Gramm Hülsenfrüchte, für ...

Zeug. 500 Gramm Reis, 1000 Gramm Hülsenfrüchte, für ...

Pankow. Vom 27. Oktober an werden die Geschäfte, welche ...

Reinickendorf. Voranmeldung: 200 Gramm Kaffeebohnen, für ...

Niederlehndorfer. Auf Abschnitt 44 der Fehthaus 20 Gramm ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 7. 18 der Einfuhrkaffender ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 8. 16. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 9. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 10. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 11. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 12. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 13. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 14. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 15. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 16. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 17. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Wilmersdorf. Auf Abschnitt 18. 1/2 Pfd. Omelette, ...

Romaica. 200 Gramm amerik. Weizenmehl auf Abschnitt X, 18 ...

Aus den Organisationen.

8. Bezirk. Montag abends 8 Uhr Frauenleseabend ...

10. Bezirk. Dienstag, abends 7 Uhr, bei Wätter, Schwedter ...

11. Bezirk. 2. Abteilung. Dienstag Abteilungsversammlung ...

12. Bezirk. 6. Abteilung. Abteilungsversammlung Dienstag ...

13. Bezirk. Mittwoch und Donnerstag. Montag, abends 7 1/2 Uhr ...

14. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

15. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

16. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

17. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

18. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

19. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

20. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

21. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

22. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

23. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

24. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

25. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

26. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

27. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

28. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

29. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

30. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

31. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

32. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

33. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

34. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

35. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

36. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

37. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

38. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

39. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

40. Bezirk. Montag, abends 7 Uhr, im Kaffeehaus ...

PELZ-waren Einzelverkauf wie alljährlich preiswertestes Angebot in Kragen, Muffen und Pelzhüten...

Naturheilmittel Ein neuer Geist Vorwärtstreibendes und Erfindern...

Möbel ohne Anzahlung, Barthele...

Felle aller Gerbt, Pelze reinigt Gerberlei Neukölln...

Obstbäume E. Boese & Co. Pelzwaren...

Genussung. Die geübten den Gastwirt Fischer, Bestir, 94, verpasst...

Einserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr...

Einserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr...

E Großen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“